

Eine Nacht der Selbstmorde. In der Nacht zum Freitag ereigneten sich in Berlin ungewöhnlich viele Selbstmorde. In seiner Wohnung in der Brückenallee machte ein 36 Jahre alter Kaufmann-Brüder allester seinen Leben ein Ende, indem er sich eine Kugel in den Kopf schoß. Er war 53 Jahre alt.

versuchte Vergebens, die Lebensmüde zu retten. — In Potsdam wurde am Freitag morgen der 21 Jahre alte Angestellte einer Tapetenhandlung im Geschäftsräum erhängt aufgefunden. Er hatte sich über zwei Regalen einen Galgen zurechtgemacht. Ursache der Tat soll Liebesummer sein.

pricht es das Gesetz oder der Motivbericht nirgends klar aus. Um den eventuellen späteren Streit vorzubeugen, wäre es nötig, bei der Durchberatung des Gesetzes in dieser Frage Klarheit zu schaffen.

Devisenkurs.
Prager Kurse am 5. November.

	Gold	Silber
100 holländische Gulden	1357,57 1/2	1363,37 1/2
100 Reichsmark	803,37 1/2	807,37 1/2
100 Belgas	468,87 1/2	471,87 1/2
100 Schweizer Franks	648,95	651,95
1 Pfund Sterling	163,70	164,90
100 Lire	183,72 1/2	185,12 1/2
1 Dollar	33,60	33,90
100 französische Franks	131,92	133,12
100 Dinar	59,16 1/2	59,66 1/2
100 Bengas	580,32 1/2	582,32 1/2
100 polnische Zlotys	376,75	379,75
100 Schilling	474,70	477,70

Volkswirtschaft.

Bürgerblut und Arbeitslose.

Die Unklarheiten und die Gefahren des Regierungsantrages auf Novellierung des Genter Systems.

Von Josef Veranel.

Der am 25. Oktober d. J. dem Abgeordnetenhaus der Nationalversammlung vorgelegte Regierungsantrag des Gesetzes „wonit für den Fall einer außerordentlichen Arbeitslosigkeit einige Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juli 1921, Nr. 267 Zg. d. G. u. V., geändert und ergänzt werden“, wie die offizielle Bezeichnung des Regierungsantrages lautet, befriedigt nicht nur ganz und gar nicht, sondern bringt auch neue und bedeutende Gefahren sowohl für die freien Gewerkschaften, als auch für ihre erwerbslosen Mitglieder mit sich.

die Regierung, welche darüber, wann die Arbeitslosigkeit als eine außerordentliche zu betrachten ist, eine Kluggebung in der Sammlung der Gesetze herausgibt. Die Regierung kann diese außerordentliche Arbeitslosigkeit auch nur für einzelne Zweige der Erwerbstätigkeit, ja sogar nur für bestimmte Organisationen desselben Zweiges erkennen.

Ein Dokument.

Lange noch wird innerhalb der Arbeiterschaft, nicht nur in Oesterreich, über den 15. Juli diskutiert werden, lange noch werden die durch die blutige Niederschlagung einer Aufbau- und sozialistischer Taktik zur Debatte stehen. Immer noch wird von der österreichischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaftskommission zugunsten der belagerten Opfer der Schiffe der Zeipel-Polizei gesammelt, immer noch werden Protestarien, die am 15. Juli in Wien ein Auto angehalten haben, wegen „Erpressung“ in den Kerker geschickt. Zur richtigen Zeit unternimmt es da Genosse Julius Brauntal, der als Chefredakteur des sozialdemokratischen „Neuen Blattes“ einen zähen Kampf gegen Dumbum-Polizei und Klassenjustiz führt, durch Herausgabe eines Gedenkbuches für alle Zeiten das Interesse, das Wissen was zu erhalten vor den unsahbaren Brutalitäten dieser Tage.

Gerichtsverhandlung: nach togelanger Bearbeitung durch die kriminal- und nationalistische Regierungspresse sprachen die Geschworenen — die „idbühnen Gefellen auf der Geschworenenbank“, wie sie die „Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Juli nannte — die Arbeitermörder frei.

Ob schon der Text des Regierungsantrages so oder so zu verstehen ist, für die Gewerkschaftsorganisationen bedeutet dieser Antrag eine neue Last, und dies sowie der administrativen, als auch der finanziellen Seite nach.

bad, bei dessen bloßer Schilderung man erschauert. Diese Aufhäufung sinnloser, selbst im Polizeistat überflüssiger Bestialitäten müßte doch auch im Bürgerum Entsetzen und Empörung hervorrufen! Aber weit gefehlt! Die Regierung belobt noch die Mörder, sie dekoriert sie für braves Schicksen auf die Arbeiter, sie verkündet durch den Bundeskanzler das grausame, das entmensche Wort: „Leine Wilder! Keine Milde — mit den unglücklichen Opfern des weichen Terrors, das sagt ein Priester der Nächstenliebe, ein Gerechter des Herrn!“

dazu, falls er verheiratet ist — daselbe gilt von der verheirateten Arbeiterin und vom ledigen Arbeiter, falls er bereits durch wenigstens fünf Jahre Mitglied der Gewerkschaftsorganisation ist — täglich 9 Ké des Staatsbeitrages, zusammen also 15 Ké im Tage. Nach dem Regierungsantrage würde jedoch derselbe Arbeiter in der Zeit der außerordentlichen Arbeitslosigkeit nur 12 Ké täglich bekommen, und zwar von der Gewerkschaft um ein Drittel weniger, macht 4 Ké, und vom Staat den zweifachen Betrag von 8 Ké. Der Regierungsantrag nimmt im § 2 als Grundlage für den Staatsbeitrag die Organisationsunterstützung. Eine Erhöhung des Staatsbeitrages läßt der Regierungsantrag nicht zu und die Erhöhung wäre auch nicht durch irgendeine Verordnung durchführbar, nachdem der Antrag die Regierung oder das Ministerium hierzu nicht ermächtigt.

Durch die Novellierung des Genter Systems, so wie sie der Herr Minister für soziale Fürsorge Sramel beauftragt, wird die ohnedies unzureichende Höhe der Unterstützungen, soweit es sich um verheiratete Arbeiter oder Arbeiterinnen handelt, noch erniedrigt.

Nach Erschöpfung der Unterstützung, welche aus der ordentlichen Versicherung fließt, wird der deutsche Arbeiter weiter, und zwar während einer unbegrenzten Zeit, aus den durch vier Fünftel vom Staat und durch ein Fünftel von der Gemeinde beschaffenen Mitteln unterstützt.

In der Schrift „Die Mängel des Genter Systems“ (Druck- und Verlagsanstalt Teplitz-Schönan) wird die Versicherung der Arbeitslosen in Oesterreich und in einer Reihe anderer Staaten eingehend beschrieben. Es genügt eine bloße Gegenüberstellung der Einrichtungen dieser Staaten und des Antrages des Herrn Monssignore Sramel, um den unsozialen und den Gewerkschaftsorganisationen feindsinnigen Geist der jetzigen tschechisch-deutschen bürgerlichen Regierung hervorzuleuchten zu lassen. Manche Gewerkschaftsorganisationen kennen nicht einmal die bisherige Last tragen und haben deshalb nach Novellierung des Genter Systems gerufen. Die Regierung erwidert ihren Ruf auf die Weise, daß sie ihre Belastung noch beträchtlich erhöht.

Es ist ein Zynismus, wenn in dem Regierungsantrage gesagt wird, daß der Staatsbeitrag höchstens 18 Ké betragen kann — allerdings nur dann, wenn die schon um ein Drittel erniedrigte Unterstützung der Gewerkschaftsorganisation 9 Ké täglich beträgt —, wenn der Motivbericht selbst zu konstatieren genötigt ist, daß die durchschnittliche Unterstützung bisher 1.30 Ké pro Tag betrug. Die Familienväter oder Mütter erhielten zu dieser Unterstützung einen 50prozentigen Zuschlag, welcher laut dem Regierungsantrag auf Novellierung des Genter Systems in der Zeit einer außerordentlichen Arbeitslosigkeit aufgehoben werden soll.

* Die blutigen Juli-Tage in Wien. Ein Gedenkbuch von Julius Brauntal. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. Preis 18 Ké.

